

**Redebeitrag Dr. Michael Krapp, CDU zum Antrag 4/1798 der PDS-Fraktion
"Beteiligung des Parlaments im Begleitausschuss für das Operationelle
Programm für die EU-Förderperiode 2007-2013"
am 4. Mai 2006 im Thüringer Landtag**

Die Fraktion der Linkspartei.PDS fordert in Ziffer 2 ihres Antrages eine paritätische Beteiligung der im Landtag vertretenen Parteien im Begleitausschuss für das Operationelle Programm Thüringens. Das geht über die in Ziffer 1 angesprochene Beteiligung des Parlaments am Begleitausschuss weit hinaus. Ich gehe gleichwohl davon aus, dass Sie – verehrte Kolleginnen und Kollegen von der PDS – eine paritätische Vertretung der im Landtag vertretenen Fraktionen meinen.

Wie dem auch sei – ich kann mich über dieses Anliegen nur wundern. Es ist allgemein bekannt, dass der Begleitausschuss vom jeweiligen Mitgliedstaat erst nach Genehmigung des Operationellen Programms zu dessen Verwaltungsvollzug eingesetzt wird. Das ist eigentlich keine Aufgabe für Parlamentarier. Zu diesem Zeitpunkt sind – wie man so schön sagt – alle (politischen) Messen gelesen. Und für die Kontrolle der ordnungsgemäßen Abwicklung der Förderprogramme stehen uns Parlamentariern spezifische Werkzeuge zur Verfügung, die wir nicht dadurch abstumpfen sollten, indem wir uns in die Verwaltung einmischen, also das Gebot der Gewaltenteilung unterlaufen.

Der in der Begründung Ihres Antrages zitierte Artikel 10 c) der entsprechenden Verordnung des Rates gibt auch gar keine Begründung für Ihr Anliegen her. Unmittelbar vor dem von Ihnen zitierten Satz kann man dort lesen, dass als Partner sogenannte „sonstige kompetente Einrichtungen“ gemeint sind, „die für die Zivilgesellschaft, die Umweltpartner und die Nichtregierungsorganisationen repräsentativ sind, sowie Einrichtungen, die sich der Förderung der Gleichstellung von Männern und Frauen widmen.“

Glauben Sie etwa, wir kennen und lesen die von Ihnen zitierten Dokumente nicht? Von Parlamentariern ist in diesem Artikel mit keinem Wort die Rede. Im bisherigen Thüringer Begleitausschuss sind übrigens die in Artikel 10 c) genannten Partner auf jeden Fall vertreten, und das sollte auch für die nächste Förderperiode so bleiben!

Ich verstehe – ehrlich gesagt – überhaupt nicht die neue Bescheidenheit der PDS-Fraktion, die jetzt unbedingt in die Verwaltungsarbeit einsteigen will. Da war der Beitrag von PDS-Kollege Gerstenberger in der Debatte zur Finanziellen Vorausschau und zum Stand der Planung der nächsten EU-Förderperiode am 26. Januar dieses Jahres noch sehr viel anspruchsvoller.

Er hat sich damals in diesem Hohen Haus für die Evaluierung der zu Ende gehenden Förderperiode und für die Planung der neuen Förderperiode stark gemacht. Das sind in der Tat die politischen Knackpunkte, die uns Parlamentarier interessieren. Anlass für seinen Debattenbeitrag war die Berichterstattung von Minister Wucherpfennig über die finanzielle Vorausschau und Stand der Planung zur nächsten EU-Förderperiode 2007 – 2013. Und Anlass für diese Berichterstattung war ein entsprechender Antrag meiner Fraktion. Wir sind also „am Ball“, kann man im WM-Jahr sagen, und den Anstoß hat die CDU-Fraktion gegeben!

Mehrere Ihrer Forderungen vom Januar – Herr Kollege Gerstenberger – sind erfüllt. Sie können z. B. auf der Website des Wirtschaftsministeriums die Aktualisierung der Halbzeitevaluierung des laufenden Operationellen Programms für Thüringen einsehen.

Wir müssen sehr genau hinschauen, was aus den Fördermitteln geworden ist. Diese Mittel sind auf fast 300 Förderprogramme aufgeteilt worden. Als Einzelner ist man bei dieser Zahl natürlich überfordert, manche Signale aus den Reihen der Geförderten lässt den Verdacht aufkommen, dass wir inzwischen auch überfördert sind. Damit meine ich nicht die Fördersumme, sondern die sehr hohe Ausdifferenzierung der Förderprogramme, deren Bürokratieaufwand immer mehr potentielle Fördermittelempfänger von einem Förderantrag zurückschreckt oder reine Mitnahmeeffekte produziert.

Diese kritische Rückschau ist Voraussetzung für eine effiziente Justierung des neuen Operationellen Programms. Das gilt vor allem unter Berücksichtigung der neuen finanziellen Rahmenbedingungen. Am 26. April haben wir uns wiederholt im Ausschuss für Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten von der Landesregierung darüber und über den Stand der Planungen zur nächsten EU-Förderperiode informieren lassen.

Nachdem Bundeskanzlerin Merkel Ende vergangenen Jahres im Europäischen Rat den Gordischen Knoten durchschlagen konnte und inzwischen auch ein Kompromiss zwischen Rat, Parlament und Kommission gefunden wurde, stehen die finanziellen Rahmendaten fest.

Für Thüringen sind die Zahlen schlechter als manche Hoffnungen und besser als viele Befürchtungen. Wegen des ESF-Vorbehaltes der Bundesregierung sind die endgültigen Zahlen noch nicht sicher. Die Neujustierung unserer Operationellen Programme muss diese Tatsache berücksichtigen. Um so dringender ist also eine Konzentration auf solche Programme, die wirtschaftliches Wachstum und damit neue Arbeitsplätze am ersten Arbeitsmarkt fördern.

Deshalb wird die CDU-Fraktion auch einen Selbstbefassungsantrag im Ausschuss für Wirtschaft, Technologie und Arbeit stellen, um mit der Landesregierung über die Neugestaltung der Operativen Programme diskutieren zu können. Die Zeit drängt, denn die derzeitige Förderperiode läuft Ende dieses Jahres aus und die Strategischen Kohäsionsleitlinien der Gemeinschaft und der Nationale Strategische Rahmenplan sind auch noch nicht fertig gestellt.

Der sich abzeichnende neue Ordnungsrahmen der EU kommt uns aber inhaltlich entgegen. Die Kommission schlägt nämlich eine Konzentration auf eine beschränkte Anzahl von Gemeinschaftsprioritäten vor. Für die Operationellen Programme sollen dies die zentralen Themen

- Innovation und wissensbasierte Wirtschaft,
- Umwelt und Risikoprävention sowie die
- Zugänglichkeit und Leistungen der Daseinsvorsorge sein.

Auf die damit verbundene politische Debatte sollten wir uns in den nächsten Wochen und Monaten als Parlamentarier konzentrieren und nicht auf die Beteiligung an einem Verwaltungsorgan - dem Begleitausschuss - weshalb wir den Antrag der Fraktion der Linkspartei.PDS ablehnen.